




Grüne setzen Aufarbeitung fort

Grüne setzen Aufarbeitung fort
Zum aktuellen Stand der Aufarbeitung erklären Simone Peter, Bundesvorsitzende, und Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treiben die Aufarbeitung ihrer Parteigeschichte weiter voran. Mit der Vorstellung des unabhängigen Gutachtens des Göttinger Instituts für Demokratieforschung haben wir im vergangenen Herbst die Beschlüsse, die in den frühen Achtziger Jahren zur Straffreiheit pädophiler Handlungen gefasst wurden, umfassend offengelegt. Wir haben uns nachdrücklich von diesen inakzeptablen Forderungen distanziert und Betroffene um Entschuldigung gebeten. Durch die Einrichtung einer telefonischen Anlaufstelle haben wir eine neue Möglichkeit für Betroffene geschaffen, uns zu kontaktieren und uns mit ihren Erlebnissen zu konfrontieren. Wir wollen auch weiter für Betroffene ansprechbar sein. Wir wollen ihre Geschichten hören. Das hat der Bundesvorstand in einem aktuellen Beschluss bekräftigt. Bisher haben sich insgesamt sieben Betroffene an uns gewandt. In fünf Fällen gab es keinen unmittelbaren Zusammenhang der Taten zur grünen Partei. In den beiden anderen Fällen sind wir mit den Betroffenen weiter im Gespräch. Wir prüfen in jedem einzelnen Fall, welche Verantwortung uns Grüne als Partei trifft. Wir wollen, dass die Taten aufgeklärt werden und dass das Leid der Betroffenen Anerkennung findet. Zwar tragen wir als Partei grundsätzlich keine Verantwortung für Straftaten einzelner Parteimitglieder. Auch haben wir in der Regel keine Aufsichts- und Fürsorgepflichten, wie sie Schulen oder Kinderheime tragen. Dennoch werden wir uns auch weiter in jedem Einzelfall der Frage nach unserer institutionellen Verantwortung als Partei stellen. Wo sich aus den konkreten Umständen ein besonderer Verantwortungszusammenhang der Partei als Institution ergibt, werden wir im Gespräch mit den Betroffenen angemessene Lösungen suchen. Dazu kann in Härtefällen auch gehören, Betroffene durch Maßnahmen in ihrer konkreten Lebenssituation zu unterstützen (z.B. durch Hilfen beim Zugang zu therapeutischen Angeboten, Fortbildungsmöglichkeiten etc.) oder eine Zahlung an Betroffene zur Anerkennung des ihnen zugefügten Leides zu leisten. Zu diesen Fragen haben wir uns vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig beraten lassen. Mit der Aufgabe, Betroffene vertraulich anzuhören, wird der Bundesvorstand einen dreiköpfigen Anhörungsbeirat betrauen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht der Prozess der Aufarbeitung auf Bundes- und Landesebene weiter. Heute stellt der Landesverband Berlin die Ergebnisse seiner Aufarbeitungsbemühungen vor. Er folgt damit den Landesverbänden Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die schon entsprechende Berichte veröffentlicht haben. Bündnis 90/Die Grünen Platz vor dem Neuen Tor 1 11015 Berlin Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de>


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.